

Inhaltsverzeichnis

1. Forum Luft- und Raumfahrt	
2. Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie	
3. Klaus-Peter Willsch	
4. Parlamentsgruppe Luft- und Raumfahrt	
5. Airbus	
6. PricewaterhouseCoopers	

Forum Luft- und Raumfahrt

Das **Forum Luft- und Raumfahrt** e.V. ist eine Lobbyorganisation der Luft- und Raumfahrtindustrie einschließlich der Rüstungsindustrie mit Sitz in Bonn und einer Geschäftsstelle in Berlin.

Forum Luft- und Raumfahrt

Rechtsform eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich Lobbytätigkeit für die Luft- und Raumfahrtindustrie
Gründungsdatum
Hauptsitz Luisenstr. 41, 10117 Berlin
Lobbybüro
Lobbybüro
EU
Webadresse forum-lur.de
e

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	2
2 Mitglieder	2
3 Organisationsstruktur und Personal	3
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	3
5 Einzelnachweise	3

Lobbystrategien und Einfluss

Das Forum Luft- und Raumfahrt bietet Vertretern von Unternehmen und Verbänden aus der Luftfahrt- und Rüstungsindustrie die Möglichkeit, Repräsentanten der Politik, der zuständigen Ministerien und der Bundeswehr Projekte und Angebote zu präsentieren. Beim Vorsitzenden, der Stellv. Vorsitzenden und dem Schatzmeister des Forums handelt es sich Lobbyisten bzw. Ex-Lobbyisten von Mitgliedsunternehmen (Stand: August 2018). Das Forum betreibt Lobbyarbeit über Parlamentarische Abende und Info-Lunch-Veranstaltungen, bei denen oft Mitgliedsunternehmen oder der [Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie](#) (BDLI) als Kooperationspartner genannt werden. Das kooptierte Mitglied [Klaus-Peter Willsch](#), CDU-Bundestagsabgeordneter und Stellv. Mitglied im Verteidigungsausschuss, ist gleichzeitig Vorsitzender der [Parlamentsgruppe Luft- und Raumfahrt](#), die ebenfalls über Parlamentarische Abende und Info-Lunch-Veranstaltungen der Industrie die Möglichkeit verschafft, insbesondere auf Bundestagsabgeordnete einzuwirken.

Mitglieder

Zu den [Mitgliedsunternehmen](#) gehören z. B. [Airbus](#), Boeing Deutschland, [Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie](#), [Diehl](#), ESG Elektroniksystem- und Logistik-GmbH, Fraport AG, [PricewaterhouseCoopers](#) und Rheinmetall.

Persönliche Mitglieder sind auf der Webseite nicht abrufbar; die Mitgliederliste liegt in der Geschäftsstelle aus.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

- Wolf-Peter Denker (ehem. Vorsitzender), ehem. Cheflobbyist Deutschland und davor Leiter des Bereichs Militärflugzeuge von EADS (2013 umbenannt in Airbus)^[1]
- Elisabeth Hauschild (Stellv. Vorsitzende), Cheflobbyistin von Diehl Defence^{[2][3]}
- Christoph Weber (ehem. Stellv. Vorsitzender, inzw. Vorsitzender), Leiter des Geschäftsbereichs Defence & Public Security von ESG Elektroniksystem- und Logistik-GmbH
- Frank Kleinkauf (ehem. Schatzmeister), ehem. Cheflobbyist von ESG Elektroniksystem- und Logistik-GmbH^[4]

[Klaus-Peter Willsch](#) (Kooptiertes Mitglied), Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) und dort Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie sowie Stellv. Mitglied im Verteidigungsausschuss, ist seit 2009 Vorsitzender der [Parlamentsgruppe Luft- und Raumfahrt](#). 2007 wurde Willsch vorgeworfen, dass Raumfahrt- und Rüstungskonzerne viel Geld für Anzeigen in dem von ihm herausgegebenen „Rheingau-Taunus Monatsanzeiger“ bezahlen.^[5]

Die aktuellen Mitglieder des Vorstandes sind [hier](#) abrufbar.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Die hatten keinen Einblick](#), wienerszeitung.at vom 01.05.2013, abgerufen am 18.01.2024
2. ↑ [Peter von Arabien](#), spiegel.de vom 10.11.2014
3. ↑ [Vorstand Forum Luft- und Raumfahrt](#), forumlur.de, abgerufen am 18.01.2024
4. ↑ [Schleehuber leitet Hauptstadtbüro von ESG](#), politik-kommunikation.de vom 20.09.2017, abgerufen am 15.08.2018
5. ↑ [Lobby schaltet, Politiker waltet](#), taz.de vom 31.07.2007, abgerufen am 16.08.2018

Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie

Der **Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie** e.V. (BDLI) mit Sitz in Berlin vertritt die Interessen der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie. Zu den Aufgaben gehören die Kommunikation mit politischen

Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie

Rechtsfor eingetragener Verein

Institutionen, Behörden, Verbänden und ausländischen Vertretungen in Deutschland. Beim Deutschen Bundestag betätigt sich der BDLI wie folgt: Anhörungen in Vorbereitung neuer Gesetze, Mitarbeit in Fachräten und Fachausschüssen der Ministerien und Hearings vor dem Deutschen Bundestag. Mit der [Parlamentsgruppe Luft- und Raumfahrt](#) (PG LuR) des Deutschen Bundestags und - seit kurzem - mit Abgeordneten der Bundesländer veranstaltet der BDLI "Parlamentarische Abende".^[1]

Mit der Messe Berlin GmbH organisiert der BDLI die "Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung Berlin".

Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie

m

Tätigkeit Interessenvertretung der deutschen

sbereich Luft- und Raumfahrtindustrie

Gründung 1955

sdatum

Hauptsitz ATRIUM Friedrichstr. 60, 10117
Berlin

Lobbybür

o

Lobbybür

o EU

Webadre www.bdli.de

sse

Inhaltsverzeichnis

1 Organisationsstruktur und Personal	4
1.1 Präsidium	4
1.2 Hauptgeschäftsführer	4
1.3 Mitglieder	4
2 Mitgliedschaften	4
3 Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG)	5
4 Einzelnachweise	6

Organisationsstruktur und Personal

Präsidium

Die Mitglieder des Präsidiums sind [hier](#) abrufbar. Präsident: Klaus Richter, Vorsitzender der Geschäftsführung von [Airbus](#) in Deutschland

Hauptgeschäftsführer

Hauptgeschäftsführer ist Volker Thum, Mitglied des Board der [AeroSpace and Defence Industries Association of Europe](#) (ASD)

Mitglieder

Die 220 Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Mitgliedschaften

- [AeroSpace and Defence Industries Association of Europe](#) (ASD)
- [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI)
- [Sky and Space](#)

Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG)

Im Koalitionsvertrag beschloss die Ampelregierung, ein Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG) erarbeiten zu wollen. Ziel des REKGs war es laut Wirtschaftsministerium (BMWK), die „restriktive Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung erstmals ausdrücklich gesetzlich“ festzuschreiben und verschiedene existierende Regeln und Richtlinien zu vereinheitlichen^[2]. Das Gesetz sollte auch Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit mehr Gewicht verleihen, sowie die europäische Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich stärken.

Am 14.10.2022 veröffentlichte das BMWK ein [Eckpunktepapier](#) für das REKG. Wesentliche Regelungsvorschläge waren:

- Schaffen eines verbindlichen Kriterienkatalogs für Rüstungsexportentscheidungen
- Erweiterung des Menschenrechtskriteriums
- Stärkung der Zusammenarbeit mit europäischen Partnerländern
- Ausweitung der Überwachung des Endverbleibs exportierter Rüstungsgüter durch Post-Shipment-Kontrollen und Einrichtung einer zugehörigen Meldestelle im Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)
- Umstellung der bisherigen zweifachen Genehmigungserfordernis bei der Ausfuhr von Kriegswaffen nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz und dem Außenwirtschaftsgesetz auf ein Verfahren
- Erhöhte Transparenz, z.B. durch die Einführung einer recherchierbaren Datenbank
- Bekämpfung von Korruption
- Beschleunigte Verfahren durch mehr Personal und Sachmittel für das BAFA

Während der Ausarbeitung des REKGs im Wirtschaftsministerium fanden mehrere Konsultationen mit Vertreter*innen der Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft statt^[3]. Basierend auf den Stellungnahmen dieser Akteure fanden Ende November 2022 zwei Fachgespräche statt. Vertreten waren dort unter anderen Rheinmetall, Airbus, Thyssenkrupp, der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), die IG Metall, Amnesty International und die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP). Die komplette Liste der Teilnehmenden ist [hier](#) einsehbar.

Die Entscheidung, durch das REKG eine restriktive Exportpolitik gesetzlich festzuschreiben, war von Zivilgesellschaft und Wissenschaft begrüßt worden. Dennoch kritisierten zahlreiche Nichtregierungsorganisationen und auch wissenschaftliche Institute wie das Peace Research Institute Frankfurt (PRIF) das REKG-Eckpunktepapier als unzureichend, vor allem in Bezug auf das fehlende Verbandsklagerecht.^{[4][5][6]} Die Rüstungsindustrie sprach sich von Anfang an größtenteils gegen das REKG aus. So auch der BDLI.

Im November 2022 bezog der BDLI gemeinsam mit dem BDI und dem BDSV Stellung zum Eckpunkteentwurf des Wirtschaftsministeriums.^[7] Ein zentraler Punkt für die Verbände war dabei die Abstimmung der Kriterien für Exportentscheidungen mit europäischen Partnern. Andernfalls riskiere man eine Wettbewerbsverzerrung zulasten der deutschen Unternehmen. Dementsprechend kritisierten die Autor*innen auch den Eckpunkt, Post-Shipment-Kontrollen auszuweiten. Des Weiteren müssten Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse bei einer Ausweitung der Transparenz geschützt und Risiken für Rüstungskonzerne durch Entschädigungsansprüche minimiert werden. In Bezug auf die Stärkung des Menschenrechtskriteriums im REKG, forderten BDLI, BDI und BDSV rechtssichere Definitionen. Es müsse ein Bezug zwischen exportiertem Gut und konkreter Menschenrechtsverletzung bestehen.

Im Lobbyregister erklärte der BDLI die Verhinderung des REKGs als sein prioritäres Ziel. Es lägen bereits „alle rechtlichen Möglichkeiten zur Durchsetzung einer restriktiven Exportkontrolle“ vor.^[8] Auch gefährde eine solche nationale Gesetzgebung die europäische Rüstungskooperation.

Neben dem BDLI lobbyierten unter anderem die folgenden Konzerne und Verbände gegen das REKG und eine restriktive Rüstungsexportpolitik: Airbus, Rheinmetall, der Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI).

Mit dem vorzeitigen Bruch der Ampel-Koalition, verkündete die Bundesregierung im Februar 2025, man werde das geplante REKG in der verkürzten Legislaturperiode nicht weiterverfolgen.^[9]

== Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus ==

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ Übersicht über Parlamentarische Abende auf der Webseite des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt, Webseite des DLR, abgerufen am 02. 07. 2015
- ↑ BMWK Erarbeitung eines Rüstungsexportkontrollgesetzes, bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 20.04.2026
- ↑ "Regelung der Rüstungsexporte: Gesetz mit Schlupflöchern", taz.de, abgerufen am 20.04.2026
- ↑ Stellungnahme Greenpeace zum REKG, bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 22.04.2026
- ↑ Pressemitteilung Terre des Hommes, tdh.de, abgerufen am 22.04.2026
- ↑ PRIF Blog: Der Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP zur Außen- und Sicherheitspolitik, blog.prif.org, abgerufen am 20.04.2026
- ↑ Stellungnahme BDLI, BDSV und BDI vom 22.11.2022, abgerufen am 10.04.2026
- ↑ Stellungnahme BDLI zum REKG, www.lobbyregister.de, abgerufen am 20.04.2026
- ↑ Rüstungsexportkontrollgesetz wird nicht weiter verfolgt, bundestag.de, abgerufen am 10.04.2026

Klaus-Peter Willsch

Klaus-Peter Willsch (*28. Februar 1961 in Bad Schwabach), CDU-Politiker, Beratender Volkswirt und Autor, ist seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestags und dort Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie sowie Stellv. Mitglied im Verteidigungsausschuss und im Familienausschuss.

Willsch ist einer der Sprecher des **Berliner Kreises**, der sich als ein Netzwerk von konservativen Abgeordneten und Mandatsträgern in der Union bezeichnet. Das Netzwerk hat sich im Februar 2023 hinter Hans-Georg Maaßen gestellt, der inzwischen eine neue Partei gegründet hat. Es habe keine antisemitischen Äußerungen von Maaßen gegeben, wohl aber eine erneute Schmutzkampagne.^[1] Auf der Webseite des Berliner Kreises wird unter "Positionen" zum Klimawandel festgestellt: "Das Klima hat sich immer gewandelt. Deshalb gibt es auch keine Leugnung eines Klimawandels". Zu den Demonstrationen von "Fridays for Future" äußerte sich Willsch wie folgt: „Schizophrene Klimakommunisten marschieren in Berlin auf“.^[2]

Der ehemalige Mitarbeiter der Flughafen Frankfurt/Main AG hat enge Beziehungen zur Luft-, Raumfahrt- und Rüstungswirtschaft. Als Vorsitzender der [Parlamentsgruppe Luft- und Raumfahrt](#) trifft er bei "Parlamentarischen Abenden" regelmäßig Vertreter von Verbänden und Unternehmen aus den genannten Wirtschaftsbereichen.^{[3][4]} Er ist weiterhin kooptiertes Mitglied des Vorstands der Lobbyorganisation [Forum Luft- und Raumfahrt](#), Vorsitzender des Vorstands der Bürgeraktion PRO Flughafen, Frankfurt/Main und Mitglied der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), die Lobbyisten und Bundestagsabgeordnete zusammenbringt. Der "Rheingau-Taunus-Monatsanzeiger", den Willsch zur Verbreitung seiner politischen Positionen genutzt hat, wurde von seinem ehemaligen Arbeitgeber [Fraport](#) sowie den Rüstungsfirmen [EADS](#) und Eurojet über Anzeigen gefördert.^{[5][6]} Zu der Zeit war Willsch als Mitglied des Haushaltsausschusses für Grundsatzentscheidungen über Rüstungsaufträge mit zuständig.

Willsch, der im Bundestag immer wieder gegen die Euro-Rettungspakete gestimmt hat, hielt nach der Europawahl 2014 eine Koalition mit der [Alternative für Deutschland](#) (AfD) für denkbar.^[7]

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	7
2 CDU	7
3 Deutscher Bundestag	8
4 Verbindungen / Netzwerke	8
5 Unterstützung einer Initiative, die dem Klimafaktenleugner Vahrenholt ein Podium bietet	8
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	9
7 Einzelnachweise	9

Karriere

- 2001 - 2012 Herausgeber des Rheingau-Taunus- Monatsanzeigers (Hohenstein)
- seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestags
- seit 1994 Beratungs- und Vortragstätigkeit als beratender Volkswirt
- 1994 - 1998 Bürgermeister in Schlangenbad/Hessen
- 1989 - 1994 Beschäftigung bei der Flughafen Frankfurt/Main AG
- 1987 - 1988 Wehrdienst beim Flugabwehrregiment 5 in Lorch am Rhein, Hauptmann der Reserve
- 1980 - 1986 Studium der Volkswirtschaftslehre und der Politikwissenschaften an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz mit Abschluss Diplom-Volkswirt

Quelle: ^[8]

CDU

- Mitglied und Sprecher im Berliner Kreis der CDU
- seit 2002 Beisitzer im Vorstand der CDU/CSU-Mittelstandsfraktion
- 2006 - 2009 Beisitzer im Fraktionsvorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- 1991 - 1997 Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses des Rheingau-Taunus-Kreistags
- 1986 - 1992 Mitglied im Landesvorstand der CDU, zuletzt als Stellvertretender Landesvorsitzender
- 1978 - 1996 Mitglied der Jungen Union

Deutscher Bundestag

- Ausschuss für Wirtschaft und Energie, Mitglied
- Verteidigungsausschuss, Stellv. Mitglied
- Parlamentskreis Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Beisitzer im Vorstand
- Familienausschuss, Stellv. Mitglied
- [Parlamentsgruppe Luft- und Raumfahrt](#), Vorsitzender
- Freundeskreis Berlin-Taipeh, Vorsitzender

Quelle: ^[9]

Verbindungen / Netzwerke

- [Forum Luft- und Raumfahrt](#), Kooptiertes Mitglied des Vorstands
- Rheingau-Taunus-Marketing e.V., Vorsitzender des Vorstands
- Bürgeraktion PRO Flughafen, Frankfurt/Main, Vorsitzender des Vorstands
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), Mitglied/Förderer
- Fraunhofer-Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik (IPK), Mitglied des Kuratoriums
- Wissenschaftszentrum Berlin, Mitglied des Kuratoriums
- go4copy.net eG (Zusammenschluss von Printdienstleistern), Mitglied des Aufsichtsrats
- edz Energie-Dienstleistungs-Zentrum Rheingau-Taunus GmbH, Mitglied der Gesellschafterversammlung
- Sparkassenzweckverband Nassau, Stellv, Mitglied des Vorstandsvorstands

Quelle: ^[10]

Unterstützung einer Initiative, die dem Klimafaktenleugner Vahrenholt ein Podium bietet

Der Chemiker und Ex-Manager [Fritz Vahrenholt](#) hat 2019 eine Stellungnahme an die Abgeordneten des Bundestags verschickt, in der er behauptet, zum Klimaschutz sei gar keine Reduktion der globalen CO₂-Emissionen notwendig. Nach Auffassung des Klimawissenschaftlers Stefan Rahmstorf, Abteilungsleiter am Potsdam Institut für Klimafolgenforschung und Professor für Physik der Ozeane, handelt es sich bei Vahrenholts Ausführungen um eine hanebüchene Milchmädchenrechnung mit unseriösen und sofort widerlegbaren Behauptungen.^[11] Auch andere renommierte Klimawissenschaftler vertreten die Auffassung, dass Vahrenholts Positionen nicht dem wissenschaftlichen Konsens entsprechen.^{[12][13][14][15]}

Gemeinsam mit Henrik Paulitz, Leiter der Akademie Bergstraße, initiierte Vahrenholt die Mittelstandsinitiative [Rettet unsere Industrie](#). Im Juli 2022 berichtete Paulitz auf der Webseite des Hayek-Vereins Dresden über die Gründung der „Mittelstandsinitiative Klartext“ in Limburg, die regelmäßig stattfindende „Mittelstandsgipfel“ mit Vahrenholt als Hauptredner organisiert.^[16] Als Kontaktpersonen für die „Mittelstandsinitiative Energie Klartext“ wurden genannt: Vahrenholt, Paulitz und Rainer Vinkemeier. Zum ersten „Mittelstandsgipfel“ lud auch Willsch ein und versprach, die Forderungen des Mittelstands „in den parlamentarischen Betrieb einzubringen“ und verwies dabei auf den Wirtschaftsausschuss des Bundestags, in dem er Mitglied ist. Vergleichbare Veranstaltungen sollen auch in anderen Regionen Deutschlands organisiert werden. Auch auf der Konferenz „Energie Klartext“ am 13.06.2023 in Thüringen hielt Vahrenholt das Hauptreferat.^[17] Als „Überraschungsgast“ meldete sich der ehemalige Präsident des

Bundesamtes für Verfassungsschutz, Georg Maaßen, zu Wort, der behauptete, Greta Thunberg sei von BlackRock-Mitarbeitern aufgebaut worden.^[18] Die Klimapolitik erklärte er wie folgt: „Es gibt viel weniger Zufälle, als man denkt, das sage ich jetzt als Geheimdienstmitarbeiter. Was hier stattfindet, hat einen Hintergrund – eine Sekte wird finanziert, weil man handfeste wirtschaftliche Interessen damit verfolgt“. An der Organisation der Konferenz in Thüringen beteiligten sich auch Thomas Heßland von der [Initiative Vernunftkraft Thüringen](#) und [Ringo Siemon](#), Leiter der Wirtschaftsregion - Thüringen West/Leiter des Kreisverbandes - Weimar und Weimarer Land des [Bundesverband mittelständische Wirtschaft \(BVMW\)](#).

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Berliner Kreis in der Union stellt sich hinter Hans-Georg Maaßen](#), wetzlar.kurier.de vom 02.02.2023, abgerufen am 18.02.2024
2. ↑ [Klaus Peter Willsch](#), facebook.com vom 03.03.2023, abgerufen am 17.02.2024
3. ↑ [Impressionen vom Parlamentarischen Abend vom 18. März 2015 mit der MTU Aero Engines AG auf seiner Homepage](#), abgerufen am 30. 06. 2015
4. ↑ [Parlamentarischer Abend am 31. Januar 2013 mit dem Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie \(BDLI\) und dem Forum Luft- und Raumfahrt, Webseite BDLI](#), abgerufen am 30. 06. 2015
5. ↑ [Oliver Bock: Klaus-Peter Willsch Ein Hinterbänkler gerät unter Beschuss](#), FAZ online vom 23. Juli 2007, Webseite abgerufen am 29. 06. 2015
6. ↑ [Anzeige "EUROJET" Februar 2007](#)
7. ↑ [Europawahl 2014: Unionspolitiker hält Bündnis mit AfD für denkbar](#), Spiegel online vom 26. Mai 2014 , abgerufen am 30. 06. 2015
8. ↑ [Klaus-Peter Willsch](#), bundestag.de, abgerufen am 17.02.2024
9. ↑ [Klaus-Peter Willsch](#), bundestag.de, abgerufen am 17.02.2024
10. ↑ [Klaus-Peter Willsch](#), bundestag.de, abgerufen am 17.02.2024
11. ↑ [Wie Fritz Vahrenholt den Bundestag für dumm verkaufen wollte](#), scilogs.spectrum.de vom 12.09.2019, abgerufen am 15.02.2024
12. ↑ [Desinformation zum Klima](#), tagesschau.de vom 05.09.2022, abgerufen am 15.02.2024
13. ↑ [Forscher fühlen sich von Klimaskeptiker Vahrenholt instrumentalisiert](#), zeit.de vom 10.08.2012, abgerufen am 18.02.2024
14. ↑ [Gewand: Desinformation gibt sich seriöser](#), klimafakten.de vom 15.02.2023, abgerufen am 18.02.2024
15. ↑ [Klimafaktenleugner](#), deutschlandfunk.de vom 11.10.2020
16. ↑ [Mittelstand positioniert sich gegen die verfehlte Energiewendepolitik](#), hayek-Verein-dresden.de vom Juli 2022, abgerufen am 17.02.2024
17. ↑ [Energiekonferenz am 13.06. in Thüringen](#), hallooberland.de vom 07.07.2023, abgerufen am 16.02.2024

18. ↑ [Energiekonferenz in Thüringen](#), gemeinschaften.ch vom 15.06.2023, abgerufen am 16.02.2024

Parlamentsgruppe Luft- und Raumfahrt

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung	10
2 Parlamentarische Abende und Info-Lunch-Veranstaltungen	10
2.1 Parlamentarische Abende	11
2.2 Info-Lunch-Veranstaltungen	11
3 Vorsitzender	11
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	11
5 Einzelnachweise	12

Kurzdarstellung

Die **Parlamentsgruppe Luft- und Raumfahrt** (PG LuR) ist eine sog. Parlamentarische Gruppe (PG), zu der sich Mitglieder des Bundestags zusammenschließen, um sich einem bestimmten Thema oder Anliegen zu widmen. Die 1984 als fraktionsübergreifende Vereinigung gegründete PG LuR ist mit über 100 Mitgliedern eine der größten Parlamentarischen Gruppen des Bundestags.^[1] Zu ihren Themen gehören die militärische Luftfahrt (Zuständigkeit: Verteidigungsministeriums), zivile Luftfahrt (Zuständigkeit: Wirtschaftsministerium) und das Satellitennavigationssystem Galileo (Zuständigkeit: Verkehrsministerium). Nach Angaben ihres Vorsitzenden Willsch bietet sie ein Forum, auf dem sich Parlamentarier, Wissenschaftler, Verbände und Unternehmen treffen können, um Probleme in einer frühen Phase im informellen Kreis zu besprechen und nach Lösungen zu suchen.^[2] Die Gruppe hat 1999 gemeinsam mit anderen nationalen Parlamentariergruppen die Europäische Interparlamentarische Weltraumkonferenz (EIWK) ins Leben gerufen. Die englische Bezeichnung lautet: European **Interparliamentary Space Conference** (EISC).^[3]

Treffen von Bundestagsabgeordneten mit Vertretern der Luft- und Raumfahrtindustrie erhöhen zwar deren Sachkompetenz, doch wird mit der Institutionalisierung dieser Kontakte (Parlamentarische Abende, Info-Lunch-Veranstaltungen) auch ein problematisches Netzwerk zwischen zwei Gruppen mit unterschiedlichen Interessen geschaffen. Die Unternehmen und der Verband der Luft- und Raumfahrtindustrie haben ein Interesse an einer möglichst hohen öffentlichen Förderung ihrer Projekte. Die Parlamentarier sollten Projektförderungen dagegen im Interesse der Steuerzahler auf ihre Notwendigkeit überprüfen und auf eine kostengünstige Realisierung achten. Je länger und intensiver der Kontakt zwischen Abgeordneten und Lobbyisten ist und je stärker er in den persönlichen Bereich reicht, desto höher ist die Gefahr, dass sich Parlamentarier die interessengebundene Sichtweisen ihrer Veranstaltungspartner zu eigen machen. Parlamentarier könnten sich auch anlassbezogen - ohne Dauerkontakte - bei der Industrie und unabhängigen Wissenschaftlern sachkundig machen.

Parlamentarische Abende und Info-Lunch-Veranstaltungen

Die Veranstaltungen finden mit Vertretern von Unternehmen und Verbänden der Luft- und Raumfahrtindustrie statt. Mitveranstalter ist häufig das [Forum Luft- und Raumfahrt](#)^[4], dessen kooptiertes Vorstandsmitglied der Vorsitzende Willsch ist.

Parlamentarische Abende

Beispiele:

- [Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie \(BDLI\)](#)^[5]
- [ESG Elektroniksystem- und Logistik GmbH \(ESG\)](#)^[6]
- [MTU Aero Engines AG](#)^[7]

Info-Lunch-Veranstaltungen

Beispiele:

- [Parlamentsgruppe Luft- und Raumfahrt](#) und [Forum Luft- und Raumfahrt](#) laden zu Info-Lunch zu [Anmanned Aircrat Vehicles \(UAV\)](#)^[8]
- [Luft- und Raumfahrt](#) zum Info-Lunch zum Thema "Industrie 4.0: Perspektiven für die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie"^[9]

Vorsitzender

Vorsitzender:

- [Klaus-Peter Willsch](#)
 - Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) und dort Mitglied im Ausschusses für Wirtschaft und Stellv. Mitglied im Verteidigungsausschuss
 - [Forum Luft- und Raumfahrt](#), Kooptiertes Mitglied des Vorstands
 - [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), Mitglied

Stellv. Vorsitzender:

- [Michael Gerdes](#)^[10]
 - Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) und dort Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales und Stellv. Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technologieabschätzung
 - [Emscher Lippe Energie GmbH](#), Mitglied des Aufsichtsrats

Ehem. Stellv. Vorsitzender

- [Uwe Beckmeyer](#)^{[11][12]}
 - Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD)
 - seit 2013 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Deutscher Bundestag Interview mit Klaus-Peter Willsch, 25. 01. 2011](#), Webseite abgerufen am 02. 07. 2015
2. ↑ [Deutscher Bundestag Interview mit Klaus-Peter Willsch, 25. 01. 2011](#), Webseite abgerufen am 02. 07. 2015
3. ↑ [XVII.EISC Conference - Spain 2015](#), Webseite eisc, abgerufen am 02. 07. 2015
4. ↑ [Veranstaltungsvorschau Forum Luft- und Raumfahrt](#), Webseite forum-lur, abgerufen am 02. 07. 2015
5. ↑ [Parlamentarischer Abend am 31. Januar 2013 mit dem Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie \(BDLI\) und dem Forum Luft- und Raumfahrt](#), Webseite BDLI, abgerufen am 30. 06. 2015
6. ↑ [Parlamentarischer Abend der ESG Magazin der ESG III/14, S. 12](#), Webseite ESG, abgerufen am 02. 06. 2015
7. ↑ [Impressionen vom Parlamentarischen Abend vom 18. März 2015 mit der MTU Aero Engines AG auf seiner Homepage](#), abgerufen am 30. 06. 2015
8. ↑ [BerlinBulletin 20/2014, S. 7](#), Webseite des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt, abgerufen am 2. 7. 2015
9. ↑ [BerlinBulletin 08/2015, S. 17](#), Webseite des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt, abgerufen am 2. 7. 2015
10. ↑ [Homepage von Gerdes](#), abgerufen am 03. 07. 2015
11. ↑ [DLR lädt zu Parlamentarischem Abend zur ESA Ministerratskonferenz nach Berlin](#), Webseite Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt, abgerufen am 02. 07. 2015
12. ↑ [DLR unterstützt deutsche Delegation bei Europäischer Internationaler Weltraumkonferenz \(EIWK\)](#), Webseite Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt, abgerufen am 02. 07. 2015

Airbus

Weiterleitung nach:

- [Airbus Group](#)

PricewaterhouseCoopers

Die **PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PwC)** ist in Deutschland führendes Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsunternehmen. Die deutsche PwC ist Mitglied der PwC International Limited, einem weltweit tätigen Verbund von Prüfungs- und Beratungsgesellschaften. Zu den vielfältigen Leistungen gehören u.a. die Finanzaufsicht, die

**PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PwC)**



Branche

Wirtschaftsprüfung

Regulierung Umwelt und Energie, die Preis- und Entgeltregulierung sowie ÖPNV und Eisenbahninfrastruktur^[1] Weiterhin berät PwC Unternehmen bei der Steuervermeidung. Über ihre Beratungstätigkeit für die EU-Kommission hat sie einen erheblichen Einfluss auf die Ausgestaltung des Steuerrechts in der EU.

PricewaterhouseCoopers	
Aktiengesellschaft	
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PwC)	
	/Unternehmensberatung
Hauptsitz	Frankfurt am Main
Lobbybüro	
Deutschland	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.PwC.de

Inhaltsverzeichnis

1 Beratung bei der Steuervermeidung	13
2 Kritik	13
3 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	14
3.1 Beratung von EU-Institutionen	14
3.2 Beratungsgremien der EU-Kommission	14
3.3 Mitgliedschaften/Partnerschaften	14
3.4 Lobbyrelevante Personen	15
4 Beziehung zum Wirtschaftsrat der CDU	15
5 Fallbeispiele und Kritik	15
5.1 2018: Beratung der EU-Kommission in Fragen des Steuerrechts	15
5.2 2014: Mitwirkung beim "Steuervermeidungsmodell Luxemburg"	16
5.3 2008: Bundesrechnungshof kritisiert Auftragsvergabe an PwC unter Ex-Minister Tiefensee	16
6 Unternehmensleitung	16
6.1 Vorstand	16
6.2 Aufsichtsrat	16
7 Geschäftsfelder, Beschäftigte und Umsatz	17
7.1 Lobbyisten in Ministerien	17
8 Weiterführende Informationen	17
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	17
10 Einzelnachweise	17

Beratung bei der Steuervermeidung

PwC bietet Unterstützung bei Rechtsbehelfen und Verfahren vor der Finanzgerichtsbarkeit an, inklusive der Vertretung der Steuerpflichtigen vor deutschen Finanzgerichten.^[2]

Kritik

Die vier großen Wirtschaftsprüfer nutzen ihr Insiderwissen aus, um Steuervermeidungsmodelle zu verkaufen. Bastian Brinkmann fordert deshalb in der Süddeutschen Zeitung (SZ), dass Prüfung und Beratung strikt voneinander getrennt werden.^[3] Es sei außerdem völlig absurd, dass sich der Staat bei Steuerreformen von den Big Four und damit von denen beraten lasse, die dann Lücken in den neuen Steuergesetzen an Konzerne weiterverkauften.

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Beratung von EU-Institutionen

PwC bietet den EU-Institutionen die folgenden Dienstleistungen an: Audit and risk management, Technology consulting, People and change, Financial management and accounting, Tax and customs, Borders, Migration and security, Space, Innovation and growth, European Structural and Investment Funds (ESF), Energy and transport, Digital economy - innovation for the public sector, Public procurement und The EU as a global actor.

Im Bereich „Tax and customs“ (Steuergesetzgebung und Zölle), in dem die Interessen wichtiger PwC-Klienten besonders betroffen sein können, hat PwC die folgenden Studien für EU-Institutionen erstellt:

- Study on the feasibility of a common EU standard VAT return
- Evaluation of the Custom Union
- Study on the effectiveness of tax incentives for venture capital and business angels to foster the investment of SMEs and start-ups
- analysis of the effects of the different Member States' customs sanctioning system for the European Parliament

Darüber hinaus ist PwC in das Customs 2020 Programm der EU eingebunden

Quelle: ^[4]

Beratungsgremien der EU-Kommission

PwC ist Mitglied der folgenden Gremien, die von der EU Generaldirektion Steuern und Zollunion gebildet worden sind:

Expertengruppe (E02813), die die Kommission bei der Vorbereitung zur Reform der Mehrwertsteuer beraten soll.^[5]

Gemeinsames EU-Verrechnungspreisforum (JTPF), das die EU-Kommission in steuerlichen Fragen im Zusammenhang mit Verrechnungspreisen unterstützt und berät.^[6]

Mitgliedschaften/Partnerschaften

Nach Angaben von Corporate Europe Observatory (CEO) ist PwC Mitglied in den folgenden Lobbyverbänden der Steuervermeidungsbranche ^[7]:

- **European Business Initiative on Taxation** (Mitglieder sind u.a. BP, Pfizer und Airbus, wird von PwC geleitet)
- **European Contact Group** (informeller Zusammenschluss der „Big Four“ und der beiden nächstkleineren Wirtschaftsprüfungsgesellschaften)
- **Accountancy Europe** (Dachverband der Wirtschaftsprüfer)
- **AmCham EU** (lobbiert für international tätige US-Unternehmen, deren Fachausschuss für Steuerfragen von einem PC-Mitarbeiter geleitet wird)

Außerdem ist PwC Mitglied im [Förderkreis Deutsches Heer](#) und im [Centre for European Policy Studies](#), das Studien für EU-Institutionen und nationale Regierungen erstellt und für seine Mitglieder "Corporate Breakfast Meetings" zur Kontaktpflege mit hochrangigen Vertretern der EU-Institutionen organisiert.^[8] An diesen Veranstaltungen nehmen EU-Kommissare, Generaldirektoren und Kabinettschefs teil. Kontakte mit EU-Parlamentariern werden über die Mitgliedschaft im [European Parliamentary Financial Services Forum](#) gepflegt. Vertreten ist PwC weiterhin im [Forum Luft- und Raumfahrt](#) und bei [Friends of Europe](#).

PwC ist Partner der folgenden Organisationen: [Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut](#), [True Sales International](#), [Alternative Investment Management Association](#).

Weiterhin gehört PwC zu den Förderern von [BIO Deutschland](#).

Lobbyrelevante Personen

PwC Deutschland

- [Norbert Winkeljohann](#) (bis 08/2018 Vorstandssprecher von PwC) und Jürgen Lüdicke (PwC-Partner in Hamburg) waren Mitglieder der Kommission "Steuergesetzbuch" der [Stiftung Marktwirtschaft](#)
- Petra Justenhoven, Mitglied der Geschäftsführung von PwC, ist Bundesvorstandsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#)^[9]

PwC Brüssel

- Ian McCahey (Global Public Policy Leader)
- Jacomien van den Hurk (Direktor ED Public & Regulatory Affairs)
- Philippe Pierre, Verantwortlicher für die Verbindung zu den EU-Institutionen (Managing Director PwC EU Services)^[10] Leitet ein Team von 7 EU-Spezialisten und wird von 6 PwC-Partnern unterstützt.

Beziehung zum Wirtschaftsrat der CDU

Der Parlamentarische Abend des Landesverbands NRW des [Wirtschaftsrat der CDU](#) am Vorabend des "Wirtschaftstags" findet regelmäßig in der PwC-Niederlassung Berlin statt.^[11]

Fallbeispiele und Kritik

2018: Beratung der EU-Kommission in Fragen des Steuerrechts

Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung, der zum Teil auf Recherchen von Corporate Europe Observatory (CEO) beruht, lässt sich die EU-Kommission in Fragen des Steuerrechts von den vier großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften („Big Four“) beraten, zu denen auch PwC gehört.^{[12][13]} So erhielten PwC, Deloitte und KPMG Aufträge im Wert von 10,5 Mio. Euro für Studien zum Thema Steuern und Zölle. Außerdem seien die „Big Four“ Mitglieder von sogenannten Advisory-Groups, die die EU-Kommission geschaffen hat, um sie bei der Umsetzung ihrer Pläne gegen Steuervermeidung zu unterstützen. Dabei seien es oft genau diese Gesellschaften, die Konzernen bei der Steuervermeidung helfen - wie etwa die „Lux Leaks“ zeigten. Danach habe PwC im Großherzogtum Luxemburg hunderte Steuersparmodelle für multinationale Konzerne entwickelt, wodurch diese ihre Gewinne über Jahre teilweise mit weniger als einem Prozent versteuern konnten. Nach Auffassung von CEO treten die Berater damit in Feldern auf, in denen die Firmen gleichzeitig klassische Lobbyisten in eigener Sache sind.

2014: Mitwirkung beim "Steuervermeidungsmodell Luxemburg"

Die Experten von PwC haben Hunderte von Unternehmen darin beraten, über die Gründung von Gesellschaften in Luxemburg auf legale Weise niedrige oder gar keine Steuern zu zahlen.^[14] Bei diesen Gesellschaften handelt es sich oft um bloße "Briefkastenfirmen"; der Schwerpunkt der Wertschöpfung liegt in anderen Ländern. Die geheimen Steuerelemente, die PwC für seine Kunden angefertigt hat, gelangten in die Hände von mehr als 80 Journalisten auf der ganzen Welt.^[15] Über Hundert dieser Dokumente lassen sich auf www.icij.org komplett nachlesen.

2008: Bundesrechnungshof kritisiert Auftragsvergabe an PwC unter Ex-Minister Tiefensee

Der ehemalige Verkehrsminister [Wolfgang Tiefensee](#) (SPD) hatte den bereits bestehenden Vertrag des Ministeriums mit PwC zur Begutachtung von Förderprogrammen für Deutsche Reedereien im Oktober 2008 ohne vorherige Ausschreibung verlängert. Nach einem Bericht des Bundesrechnungshofes wurde damit in mehrerer Hinsicht gegen das Vergabegesetz verstoßen.^[16] Das Ministerium hat den Auftrag nicht öffentlich ausgeschrieben. Neben der Bewertung von Programmen arbeitete PwC im Rahmen anderer Aufträge auch an den Programminhalten mit. PwC hat durch andere Aufträge einen Wissensvorsprung gegenüber möglichen Konkurrenten gehabt. Das Ministerium hat die Entscheidungsbefugnis über die Auftragsvergabe dem eigentlich zuständigen Bundesamt für Seeschifffahrt entzogen und das Ministerium hat nicht sichergestellt, dass die Einbindung von Dritten in Förderprogramme wirtschaftlich ist.

Lobbyisten in Ministerien



- [Überblick A-Z](#)
- [Problembeschreibung](#)

Unternehmensleitung

Vorstand

Der Vorstand besteht aus 10 Mitgliedern, darunter

- [Ulrich Störk](#), (Vorstandssprecher)

Quelle:^[17]

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus einem zwölfköpfigen Gremium, u.a.

- [Norbert Vogeloth](#) (Vorsitzender)

Quelle:^[18]

Geschäftsfelder, Beschäftigte und Umsatz

Die PwC ist in den Bereichen Wirtschaftsprüfung und prüfungsnaher Dienstleistung, Steuerberatung, Consulting und Deals tätig. Zu ihren Kunden gehören auch Ministerien und Kommunen. In Deutschland beschäftigte PwC 2017 an ihren 21 Standorten 10.627 Mitarbeiter und erzielte einen Umsatz von rd. 2 Mrd. Euro.^[19]

Lobbyisten in Ministerien

PwC war mit "externen Mitarbeitern" im Wirtschafts- und Entwicklungsministerium vertreten.

Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Zeitraum	Unbekannte Zeitspanne, mindestens im November 2006 ^[20]
Mitarbeiter	k.A.
Bearbeitete Themen	Externe Mitarbeiter im BMWi "unterstützen und beraten in spezifischen wirtschaftspolitischen und technologischen Fragen sowie bei der Erstellung von Informationsbroschüren" ^[20]

Lobbyisten im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Zeitraum	Drei Monate in 2006 ^[21]
Mitarbeiter	Ein/e MitarbeiterIn
Bearbeitete Themen	Einsatz in der (damaligen) Abteilung 3

Weiterführende Informationen

- Die Verantwortung der Wirtschaftsprüfer bei CumEx, Bürgerbewegung Finanzwende, 10.12.2020
- Accounting for influence How the Big Four are embedded in EU policy-making on tax avoidance Studie von Corporate Europe Observatory (CEO) Juli 2018

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Unsere Leistungen](#), pwc.de, abgerufen am 04.08.2018

2. ↑ [Wie eng die Bande zwischen Politik und Wirtschaftsprüfern sind](#), Tagesspiegel.de vom 03.11.2018, abgerufen am 15.03.2019
3. ↑ [Zerschlagt die Vier](#), sueddeutsche.de vom 01.03.2019
4. ↑ [All the support you need PwC EU Services](#), pwc.com, abgerufen am 06.08.2018
5. ↑ [List of the organisations appointed as members of the VAT Expert Group](#), ec.europe.eu, abgerufen am 09.08.2018
6. ↑ [Verrechnungspreisforum](#), ec.europa.eu, abgerufen am 14.08.2018
7. ↑ [Frisieren und mitregieren](#), corporateeurope.org vom Juli 2018, abgerufen am 03.08.2018
8. ↑ [CEPS Corporate Breakfasts](#), ceps.eu, abgerufen am 10.08.2018
9. ↑ [Bundesvorstand](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 03.08.2018
10. ↑ [All the support you need PwC EU Services](#), pwc.com, abgerufen am 06.08.2018.
11. ↑ [Über den Dächern von Berlin](#), wirtschaftsrat.de Bericht vom 11.06.2018, abgerufen am 03.08.2018
12. ↑ [Die fragwürdige Doppelrolle der Wirtschaftsberater](#), sueddeutsche.de vom 09.07.2018
13. ↑ [Accounting for influence](#), corporateeurope.org vom 10.07.2018, abgerufen am 03.08.2018
14. ↑ [Luxemburg-Leaks Süddeutsche Zeitung](#), abgerufen am 7. 11. 2014
15. ↑ Bastian Obermeyer u.a.: Die willigen Helfer - Vertrauliche Steuerelemente bringen die Prüfgesellschaft PwC in Verlegenheit, Süddeutsche Zeitung vom 7. November 2014
16. ↑ [Fehlende Ausschreibung Bundesrechnungshof prangert Auftragsvergabe unter Ex-Minister Tiefensee an](#) Der Spiegel vom 7. Januar 2010, abgerufen am 9.5.2011
17. ↑ [Geschäftsführung](#), pwc.de, abgerufen am 03.08.2018
18. ↑ [Mitglieder des Aufsichtsrats](#), pwc.de, abgerufen am 03.08.2018
19. ↑ [Geschäftszahlen und Berichte](#), pwc.de, abgerufen am 04.08.2018
20. ↑ ^{20,020,1} [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Grünen-Fraktion zu "Mitarbeit von Beschäftigten von Verbänden und Wirtschaftsunternehmen in Bundesministerien und in nachgeordneten Bundesbehörden" vom 04.12.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
21. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Linke-Fraktion zum Einsatz externer Mitarbeiter und Berater vom 10.06.2011, letzter Zugriff 28.09.2011